

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
 Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluss der Inseraten-Nachnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Entwaffnungsaktion in Bayern.

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht ein Telegramm, in dem es heißt: Die Einzelentwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr, die während der Generalkriegstage stillgestanden hatte, ist dieser Tage wieder aufgenommen worden. Man hat die Ablieferungsaktion während der unruhigen Tage ausgesetzt, weil man damit rechnen mußte, daß sich gerade infolge der erregten Stimmung der eine oder der andere Wehrmann weigern würde, sein Gewehr abzugeben und schlimme Folgen fürchtete, wenn einmal ein solches Beispiel der Weigerung gegeben wäre. Die Entwaffnung konnte in den letzten Tagen reibungslos weitergeführt werden, ohne daß es bisher zu einer einzigen Weigerung gekommen wäre. Auf dem staaten Lande wird die Einzelentwaffnung ortschaftsweise und bezirksweise durchgeführt werden. Sie ist auch dort bereits eingeleitet.

Für das Verhalten der Kahr-Regierung während der kritischen Tage ist das eine oberflächliche „Begründung“. Die Tatsache, daß die Kahr-Leute während der „unruhigen Tage“ bereit waren, die Waffen den Ortschaften wieder zur Verfügung zu stellen, also — soweit die Entwaffnung überhaupt erfolgt war — die Neubewaffnung vorzunehmen, zeigt deutlich, zu welchem Zweck die Einstellung der Entwaffnungsaktion erfolgte. Im übrigen ist es interessant zu hören, daß auf dem staaten Lande die Entwaffnungsaktion jetzt erst eingeleitet wird. Man wird sich deshalb sehr heißen müssen, wenn die Entwaffnung entsprechend den übernommenen Verpflichtungen bis zum Schluss des Monats durchgeführt sein soll.

Inhaltende Kampfbereitschaft der Münchner Arbeiterschaft.

München, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestern stattgefundenen Sitzung des Gewerkschaftsvereins (Kartell) gemeinsam mit den Betriebsrätevertretern referierte Arbeiterssekretär Pöschel über die Generalkriegbewegung. Nach seinem Referat und der darauf folgenden Diskussion wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es nach einer Erörterung des ermordeten Genossen Gareis u. a. heißt: „Die seit Monaten in tiefster Erregung über die bayerische reaktionäre Diktatur gehaltenen Arbeitermassen haben in ihrer berechtigten Empörung über die maßlose Gewalttätigkeit in intensiver machtvoller Gegenwehr zur Waffe der Verweigerung ihrer Arbeitskraft gegriffen. Diese Kundgebung war das ernsteste Zeichen, daß die arbeitende Bevölkerung in Bayern die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände fordert.“ Es werden dann von den verfassungsmäßigen Vertretern erneut die Forderungen erhoben, die bereits während des Streiks von der Streikleitung aufgestellt worden waren. Die Entschließung bringt weiter zum Ausdruck, daß die Stimme der verfassungsmäßigen Vertretungen in Bayern abgewartet werden soll, um dann erneut zur Lage Stellung zu nehmen. „Das geschlossene Vorgehen der sozialistischen Parteien in dieser Lebensfrage des bayerischen werktätigen Volkes wird durch die in Bayern besonders gesteigerte Liebertracht der sogenannten bürgerlichen Presseorgane, durch ihren systematischen Lügenfeldzug, durch die widerwärtige Verleumdung der Arbeiterschaft nicht gehemmt. Der reaktionären Diktatur in Bayern erwächst mit der Einigkeit des Handelns der Arbeiterschaft die vernehmlichste Gefahr. Getreu dieser Erkenntnis fordern die Versammelten überall zu einem lebhaften kühnigen Kampf der Arbeiterschaft gegen die bürgerliche Presse auf.“

Unser Münchner Bruderblatt, Der Kampf, ist immer noch verboten. Seit heute erscheint in München eine neue Tageszeitung, Die Münchner Morgenpost, herausgegeben von der südbayerischen Verlagsgesellschaft. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet Arbeiterssekretär Max Pöschel.

München, 18. Juni. (TU.) (Vorwärts.) Eine Abordnung der Sozialdemokratischen Partei verhandelte am Freitag mehrere Stunden lang mit dem bayerischen Ministerium, dem sie einen Vogen mit dreizehn Anfragen über Rechtsbrüche und Rechtsübergänge in letzter Zeit überreichte und zur Gesundung der politischen Lage gerichtliches Vorgehen gegen Aufforderungen zu Morden und Attentaten nahelegte.

Protestkundgebungen der Arbeiterschaft in der Pfalz.

Zweibrücken, 16. Juni. In allen Teilen der Pfalz fanden gestern und heute mit Genehmigung der französischen Besatzungsbehörde anlässlich der Ermordung des Abgeordneten Gareis große Arbeiterdemonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel statt. In größeren Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt. In Speyer wurde ein 24stündiger Generalkrieg proklamiert. Die Veranstaltungen verliefen ruhig.

Kommunisten unter sich.

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit gibt ein Telegramm wieder, das die Zentrale der KPD. Anfang Juni aus Moskau erhalten hat, das lautet: „Es muß mit allen Mitteln Abreise von Braß und Anna Geyer aus parteitaktischen Gründen verhindert werden. Es muß der Eindruck vermieden werden, als ob Macht hinter ihnen stünde.“ Unterzeichnet: August (gleich Thalheimer). Um diesem Wink zu entsprechen und Anna Geyers Reise zu verhindern, hat die Zentrale ihre Beschlagnahme. Die Zentrale ließ sich Anna Geyers Paß von der russischen Mission ausändigen und verweigert jetzt die Rückgabe des Passes an seine rechtmäßige Besitzerin. Die Freiheit bemerkt dazu: „Dieser Vorgang zeigt von neuem, wie die Schieber in den Anstalten der kommunistischen Seite, Sinowjew vor allem und mit ihm wahrscheinlich auf seinen Befehl Thalheimer sowie die andern Bedienten, die die Diktatur richten. Der revolutionäre Kampf könne nur ein Massenkampf in Westeuropa sein und dazu sei das Zusammengehen der revolutionären Arbeitermassen im Lager der SPD. und KPD. notwendig. Durch einfache Beschlüsse sei die Arbeiterschaft nicht in Bewegung zu setzen. Dieser Weg sei bei der Märzaktion nicht gegangen worden, und die „neueren“ Folgen zeigten sich auf allen Gebieten des Parteilebens.“ Leute mit solchen feinerischen Ansichten dürfen der unangenehmen Wirkung wegen in Moskau nicht erscheinen. Um sie fernzuhalten, schenkt man sich nicht, zu Mitteln zu greifen, die sonst nur in ausgesetzten Volkstaaten gegen politische Gegner benutzt werden. Es muß wirklich schlimm um eine „revolutionäre“ Bewegung stehen, die nach diesen Methoden arbeiten muß.“

Braß hat vor kurzem in einer kommunistischen Versammlung eine Rede gehalten, in der er die Märzaktion besprach und u. a. folgendes sagte: „Wir Kommunisten müssen uns nicht nach unsern Wünschen, sondern nach den wirklichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen richten. Der revolutionäre Kampf könne nur ein Massenkampf in Westeuropa sein und dazu sei das Zusammengehen der revolutionären Arbeitermassen im Lager der SPD. und KPD. notwendig. Durch einfache Beschlüsse sei die Arbeiterschaft nicht in Bewegung zu setzen. Dieser Weg sei bei der Märzaktion nicht gegangen worden, und die „neueren“ Folgen zeigten sich auf allen Gebieten des Parteilebens.“ Leute mit solchen feinerischen Ansichten dürfen der unangenehmen Wirkung wegen in Moskau nicht erscheinen. Um sie fernzuhalten, schenkt man sich nicht, zu Mitteln zu greifen, die sonst nur in ausgesetzten Volkstaaten gegen politische Gegner benutzt werden. Es muß wirklich schlimm um eine „revolutionäre“ Bewegung stehen, die nach diesen Methoden arbeiten muß.“

Das Bündnis zwischen der Sowjetregierung und den Kemalisten.

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht eine eigene Drahtmeldung aus Rom. Darin heißt es: „Die Tribune bringt auf Grund von Athener Pressemeldungen den Text des zwischen den kemalistischen Türken und Sowjetrußland abgeschlossenen Bündnisvertrages. Dieser enthält u. a. die gegenseitige Anerkennung des Freiheitskampfes der orientalischen Völker. Ferner wird darin den Türken die Ausdehnung ihres Gebietes zugestanden. Die Nichtanerkennung der ihr seitens der Entente auferlegten Verträge wird gebilligt, sowie die Abtretung Batums an Georgien sanktioniert. Der Vertrag enthält auch die Bestimmung, daß zwischen der Türkei und Sowjetrußland ein Handelsabkommen abgeschlossen werden soll.“

Serbisch-bulgarische Bündnispläne.

U. Amsterdam, 18. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Im Auftrage des bulgarischen Premierministers Stamboulski hatte der bulgarische Minister des Innern Dimitroff in Belgrad eine lange Konferenz mit dem serbischen Ministerpräsidenten Pašičić. In dieser machte Bulgarien bestimmte Vorschläge über seinen Eintritt in eine Föderation mit Südslawien und Balkanisch verpackt in seiner Antwort, diesen Gedanken zu unterstützen. Da auch die Bulgaren Slawen sind, so wird ihr Eintritt in den südslawischen Staat ein mächtiges Reich gründen, das von der einen Seite der Balkan-Halbinsel bis zur anderen ausdehnt und eine Bevölkerung von etwa zwanzig Millionen umfaßt.

Das Ergebnis der Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 17. Juni. (TU.) Die in letzter Stunde vorliegenden Resultate des Referendums der englischen Bergleute lauten folgendermaßen: Für die Annahme der neuen Vorschläge wurden 126 170 Stimmen, gegen die Annahme 325 282 Stimmen abgegeben. Die genauen Ziffern werden jedoch erst nach der Konferenz des Vollausschusses des Verbandes der Bergleute bekanntgegeben werden, die Freitagabendmittag stattfindet. Man hofft noch immer, daß keine Zweidrittelmehrheit zustande kommt, die für eine Fortsetzung des Streiks notwendig ist.

London, 18. Juni. (Reuter.) Antlich wird gemeldet, daß die Abstimmung der Bergleute zugunsten einer Fortsetzung des Streiks ausgefallen ist.

„Autonomie“ für Mesopotamien.

DA. London, 18. Juni. In seiner großen Rede über die Orientfragen im Unterhause gab der Kolonialminister Winston Churchill u. a. bekannt, daß die englische Regierung beabsichtigt habe, in Mesopotamien eine rein arabische Regierung unter einem arabischen Oberhaupt einzuführen. Die gegenwärtige provisorische Regierung solle durch eine von der mesopotamischen Nationalversammlung gewählte ersetzt werden, auch solle Mesopotamien eine arabische Wehrmacht erhalten.

Die große Gefahr.

Nach der gestrigen Rede des Reichsanklagers Dr. Wirth als Antwort auf die Interpellation unserer Fraktion wegen des Mordes an Gareis und wegen der zu ergreifenden Maßnahmen wird es bei den jetzigen Zuständen in Bayern nicht bleiben. So sympathisch indes die Worte Wirths berühren, mit denen er den feigen, hinterlistigen Mordanschlag an Gareis geißelte, und so aufrichtig sie auch gemeint sind, so bilden sie nur den minderbedeutenden Teil seiner Rede. Es ist eine bedeutungsvolle politische Leistung, die Wirth mit seiner Kampfanzeige gegen die Reaktion vollbracht hat. Sie ist nicht nur eine scharfe Anklage gegen das System Kahr-Pöchner und die es stützenden Kreise, sondern sie ist geboren aus der Sorge um den Bestand und um die Zukunft des Deutschen Reiches. Wenn das deutsche Bürgertum nur ein Atom demokratisch-politischer Einsicht besäße, so müßte es jetzt Wirth in seinem Bestreben auf das kräftigste unterstützen, damit in Deutschland die Reaktionsgefahr gebannt und der Anfang mit der Demokratisierung gemacht werden könnte. Ist aber darauf zu rechnen? Die Rede hat Herrn Wirth zwar aus der Mitte des Reichstages sehr starken Beifall eingebracht, aber daraus darf noch nicht geschlossen werden, daß diese Parteien nun auch kräftig mit Hand anlegen, um die Regierung Kahr-Pöchner und die sie stützenden Kreise zu besitzeln. Noch weniger werden diese Parteien helfen, schleunigst den Belagerungszustand aufzuheben und die Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterschaft zu beseitigen.

Das Bürgertum ist in seiner geistigen Beschaffenheit nicht umzukampeln, und würde tagelang mit Engelszungen geredet. Es ist unter dem Bismarckschen Regime jahrzehntelang gehalten worden und die einzige Erlaubnis zur politischen Betätigung war, daß es den Kampf gegen die Arbeiterschaft in der brutalen Weise führen durfte. Zu seiner reaktionären Erziehung trug auch nicht wenig das Sozialistengesetz bei. Nach ihm wurden die gemeingefährlichen Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie mit allen Mitteln unterdrückt. Sozialdemokratische Umsturzbestrebungen waren aber schon Lohnforderungen, überhaupt Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiterschaft, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft möglich und ausführbar waren. So entstand zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft die unüberbrückbare tiefe politische Kluft. Es gab für das Bürgertum keine Ersatzung zur demokratischen Auffassung und zur Vorwärtsentwicklung des deutschen Staatswesens. Brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft, große Militärstützungen zu Wasser und zu Land, Höchstleistungen in der Zollwucherpolitik, indirekte Steuern und jämmerliche Ansätze zur staatlichen Sozialpolitik, das war es, was die Politik seit den achtziger Jahren bis zum Kriegsausbruch in Deutschland ausmachte. In diesen Gedankenengängen bewegten sich aber auch die bürgerlichen Auffassungen heute noch.

Nach dem Zusammenbruch im November 1918 suchten einige Gruppen des Bürgertums das politisch nachzuholen, was in anderen Ländern, in Frankreich und England, schon seit Jahrhunderten besteht und sich allmählich politisch und geistig unrückbar festgesetzt hat: nämlich die bürgerlich-politische Demokratie durchzuführen. Die Versuche schlugen hier fehl und von der sogenannten demokratischen Partei in Deutschland nur der Name übriggeblieben. Wenn nun Politiker, wie Wirth sich verweigert Mühe geben, das Bürgertum in Deutschland zur Demokratie zu bringen, so wird und muß dieses löbliche Bestreben scheitern, so lange er sich auf die reaktionären Kreise stützt. Die kommenden Wochen werden die Nichtigkeit unserer Vorlegungen nur allzu stark bestätigen.

Mit scharfen und deutlichen Worten hat er die Reaktion in Bayern gekennzeichnet, dringend hat er gewünscht, daß dort eine andere Regierung aus Ruber kommt, aber er fügte gleich hinzu, daß die jetzige Regierung nicht von außen her gestürzt werden könne und dürfe, die Gesundung der unheilbaren Verhältnisse in Bayern müsse von innen heraus erfolgen. Mit allem Nachdruck hat Wirth die Selbständigkeit des Bundesstaatscharakters hervorgehoben und gesagt: die Reichsregierung denke nicht daran, von außen her einzugreifen. Ja, er ist der Meinung, daß ein Eingriff von außen das Gegenteil von dem herbeiführen werde, was beabsichtigt sei. Wenn er sich so mit besonderem Nachdruck auf die rechtlichen Gründe stütze, die einen Eingriff von außen verbieten, so ist er damit im Irrtum. Ganz abgesehen davon, daß die Reichsregierungen an den in Bayern vorhandenen Zuständen ein großes Maß Mißschub tragen, wäre es doch nicht das erste Mal, daß in Bayern eingegriffen würde. Als in Bayern im März 1919 die Räterepublik ausgerufen wurde, haben die dortigen bürgerlichen Kreise die Reichsregierung unter Scheidemann aufgefordert, in Bayern mit Gewalt einzugreifen und sie hat es getan. Die Reichswehr hat damals in München in einer Weise gehandelt, die wohl noch in jedermanns Erinnerung ist. Damals war aber das Deutsche Reich, nicht wie jetzt, durch die bayrischen Zustände gefährdet, sondern nur die Reaktionäre in Bayern selbst. Jetzt aber ist das Reich durch Bayerns Politik nach innen und außen auf das allerchwerste gefährdet und da gibt es kein Drumherumreden, daß es die höchste Pflicht der Reichsregierung wäre, in Bayern einzugreifen. Das tut sie freilich aus Gründen nicht, die von ihrem Standpunkte wohl erklärlich sind, es hieße sich aber zum Mißschubigen machen, wollte man den Schleiher nicht von diesen Dingen wegziehen und sie zeigen, so wie sie sind. Die Reichsregierung kann sich auf ihre Machtmittel, um Bayern zur Raison zu bringen, nicht verlassen. Wäre sie es etwa, die Reichswehr einzusetzen, so ließe sie Gefahr, daß diese mit der bayrischen Reaktion gemeinschaftliche Sache machte und mit ihr den schon längst gehegten Plan, den Staatsstreich im Reich durchzuführen, ausführte. Herr Wirth selbst hat aus der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei die